FS-12-222-2

Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	BAG Globale Entwicklung
Beschlussdatum:	21.09.2022

Änderungsantrag zu FS-12

Von Zeile 221 bis 222 einfügen:
wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der EU bestmöglich abfedern und verstärkt für eine gerechtere Vermögensverteilung sorgen, die die Ärmsten und am stärksten von Krisen Betroffenen solide sozial absichert und große Vermögen insbesondere von Krisenprofiteuren angemessener an den Kosten verursachter Schäden und gemeinschaftlicher Transformationsaufgaben beteiligt.

Begründung

Es reicht nicht mehr, Kriegs- und Krisenkosten nur sozial etwas "abzufedern". Insbesondere in Deutschland, aber auch anderen Staaten der EU, hat sich seit Jahren die Schere zwischen arm und reich immer weiter vergrößert, wurden Risiken und Krisenkosten sozialisiert und Krisengewinne privatisiert. Alleine in Deutschland gibt es so inzwischen 13,8 Mio Armutsbetroffene und noch mehr Armutsgefährdete, während die Vermögen der obersten % exponentiell angewachsen sind. Kriege und Krisen verstärken diese Spaltung.

Eine neue Studie der Bertelsmann-Stiftung belegt: Eine übergroße Mehrheit der Deutschen ist dafür, dass Vermögendste mehr von ihren Vermögen abgeben müssen. Drei Viertel meinen, der Staat müsse mehr für die Verringerung des Unterschieds zwischen arm und reich tun. Ebenso viele halten eine Vermögenssteuer für gut oder sehr gut. Dies kann auch in einer Koalition mit der FDP nicht länger ignoriert werden.

Gleichzeitig belegt das aktuelle ZDF Politbarometer, dass erfreulicherweise eine große Mehrheit zwar z.B. trotz steigender Energiepreise Hilfen für die Ukraine befürwortet - 68% aber sind zurecht der Meinung, dass die aktuellen Entlastungspakete der Bundesregierung insbesondere für Bürger*innen mit geringen Einkommen nicht ausreichen. Mit diesem Gerechtigkeitsgefühl steht und fällt die Bereitschaft zu Solidarität mit anderen.

Es braucht eine neue Debatte zu grundlegender Verteilungsgerechtigkeit und eine Politik, die sich dafür hörbar und spürbar mehr einsetzt - Verteilungsgerechtigkeit ist auch sicherheitsrelevant.